

Bildungssenatorin will zurück zum elften Pflichtschuljahr

f 43  0   

Von Joachim Fahrún

Um den Übergang von Schule in die Ausbildung zu verbessern, will Berlins Bildungssenatorin Scheeres zurück zum elften Pflichtschuljahr.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) möchte das elfte Pflichtschuljahr wieder einführen, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung besser organisieren zu können. "Wir lassen es nicht mehr zu, dass Jugendliche nichts machen", sagte Scheeres.

Die Idee stammt aus den Empfehlungen einer Projektgruppe, die sich ein Jahr lang mit der Reform der beruflichen Bildung und der Berufsschulen befasst hat. Den Fachleuten geht es darum, dass 15- oder 16-Jährige mit oder ohne einen mittleren Schulabschluss nicht untätig bleiben, sondern verpflichtend an die duale Ausbildung in Betrieben herangeführt werden. Für alle Schüler, die das Abitur anstreben oder eine reguläre Lehrstelle besetzen, ändert sich nichts.

[>> Kommentar: Ein Schuljahr als Chance](#)



Auch für die anderen soll nicht einfach der bisherige Unterricht weitergehen. Stattdessen sind zusätzlich Praktika in Unternehmen vorgesehen, Bildungslotsen sollen die



Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD)
Foto: Matthias Balk / dpa

Jugendlichen begleiten. So will die Bildungsbehörde einem Missstand begegnen, der

Wirtschaftsvertreter und Politiker gleichermaßen beunruhigt. Von den etwa 30.000 Jugendlichen, die jährlich in Berlin die Schule beenden, gehen 2000 bis 3000 dem System verloren. Das heißt, sie machen irgendetwas, und keiner weiß was. "Das können wir uns nicht mehr erlauben", sagte die Senatorin.

Der Plan passt zu anderen Bemühungen, den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern. Zu diesem Zweck hat die Koalition bereits die Jugendberufsagenturen eingeführt, die Jugendliche in Ausbildung bringen. Bis Ende des Jahres soll es eine in jedem Bezirk geben. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die jungen Menschen in der Regelschule zu wenig über Berufswege und Ausbildungsmöglichkeiten erfahren.

Laut Scheeres nehmen nur etwa zehn Prozent der Berliner Schulabsolventen direkt nach dem Abschlusszeugnis eine Ausbildungsstelle im dualen System an. Wegen der zahlreichen Umwege, Pausen, Auslandsaufenthalte und Phasen als Jobber sind Berliner Azubis im Durchschnitt auch schon 21 Jahre alt.

Neues Pflichtschuljahr frühestens 2017/2018

Das neue Pflichtschuljahr könnte nach der parlamentarischen Beratung frühestens 2017/2018 eingeführt werden. Als inhaltliche Grundlage soll ein Versuch dienen, der derzeit an 17 beruflichen Schulen läuft und im Jargon der Bildungsexperten "Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung" (IBA) heißt. Durch engen Praxisbezug soll auch bei "schulmüden" Jugendlichen neue Begeisterung für das Lernen geweckt werden. Die Qualität soll erheblich besser sein als jene Pflichtkurse, die es für das elfte Schuljahr bis 2003 auch in Berlin gab, ehe die rot-rote Koalition das elfte Pflichtschuljahr abschaffte.

Einhergehen mit der erweiterten Schulpflicht soll eine Reform der beruflichen Schulen. Sie sollen weniger rein schulische Ausbildungsgänge anbieten, deren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt oft nicht gut ankommen. Stattdessen sollen sie sich stärker auf ihre

ursprüngliche Rolle als Berufsschule besinnen, also für die Auszubildenden in den Betrieben den schulischen Bildungsanteil übernehmen. Außerdem sollen wenig erfolgreiche Bildungsgänge geschlossen und Plätze aus wenig nachgefragten Oberstufenzentren für die stark gesuchten Pflege- und Sozialberufe umgewidmet werden.

CDU-Berufsbildungsexperte Joachim Luchterhand signalisierte Zustimmung, solange sichergestellt sei, dass die Oberstufenzentren mit dem neuen Angebot nicht nur ihre Kapazitäten auslasteten, sondern sich das zusätzliche Jahr wirklich für die Ausbildung auszahle.

Die Wirtschaft unterstützt den Kurs. Die Wiedereinführung des elften Pflichtschuljahres sei "charmant", so die Industrie- und Handelskammer: "Es wäre ein Quantensprung für Berlin, wenn alle unversorgten Jugendlichen, die wir derzeit nicht für Ausbildungsangebote erreichen, in der Berufsschule ‚ankommen‘ müssten", sagte Bildungsgeschäftsführer Thilo Pahl. Die Linke hingegen findet entsprechende Angebote zwar richtig, lehnt aber eine Pflicht ab.